

# STÜRZEN STATT STÜTZEN!

Ein Gegenstandpunkt



Das dicke Ende der Krise kommt noch! Den Menschen kommen die Bilder der Weltwirtschaftskrise von 1929 in den Kopf. Schon heute sehen wir, daß Millionen von US-BürgerInnen ihre Häuser verlassen mußten, weil sie die Kredite nicht mehr abzahlen konnten und jetzt zu hunderttausenden in Zeltstädten und in Autos „campieren“ - während die **leeren Häuser verkommen**.

Was wird sich bei **uns** abspielen? Bisherige Krisenfolgen: 2009 eine Million Erwerbslose mehr, allein im März d. J. 750 000 Kurzarbeiter mehr, über 100 000 Leiharbeiter entlassen. Das Bruttosozialprodukt wird um fünf Prozent (oder mehr?) sinken! Die Regierung versucht mittels Abwrackprämien, Konjunkturpaketen und Kurzarbeitergeld das dicke Ende hinauszuschieben, zumindest bis nach den Wahlen. Wieviele Betriebe werden **Insolvenz anmelden müssen**, wenn es keine Abwrackprämie mehr gibt, wenn das Kurzarbeitergeld ausgelaufen sein wird?

Abermilliarden Euro werden ausgeschüttet, vor allem für Banken und Großkonzerne, für alle, die die Regierung für systemrelevant hält. Dazu gehören die Opfer der Krise nicht, diejenigen, die die Ausschüttungen in den nächsten Jahrzehnten abzuzahlen haben. Die Gewerkschaftsführungen, als Stütze des Systems, fordern ein drittes Konjunkturpaket, nachdem sie dem ersten und zweiten zugestimmt hatten. Die Regierung gibt das Geld den Verursachern der Krise, womit die nächste Krise schon vorbereitet wird. Nicht nur die Gewerkschaftsführer, viele Linke meinen, erstmal müsse das System gerettet werden, nennen wir sie Stützer.

**Unser Ziel ist es, das System, daß die Krise verursacht hat zu stürzen.** Ein großes Wort, aber wir sind auch große Realisten: **Wir wissen wie schwach wir noch sind.** Dennoch ist unsere Parole richtig. **Stürzen statt stützen**, weil wir wissen, daß die Kraft dazu da ist: Bei den Menschen an ihren Arbeitsplätzen. Wenn sie ihre Kraft entdecken und einsetzen, können sie das System stürzen. Es ist ein Krieg um die Köpfe.

Die 1.Mai-Parole des DGB in diesem Jahr heißt: „**Arbeit für alle bei fairem Lohn!**“ Der Spruch ist pure **Illusionserzeugung**. Arbeit für alle ist im Kapitalismus nicht mal mehr in Hochkonjunktoren möglich – das haben wir die letzten Jahre gesehen! Einen „fairen“ Lohn gibt es nicht. Es gibt nur einen erkämpften Lohn, weil es keinen fairen Kapitalismus gibt, sondern nur einen, der optimalen Profit aus der Ware Arbeitskraft herausholen **muß!**

„1. Mai. Verschlafen die Gewerkschaften die Krise?“, fragt die taz (26.4.09). Wir meinen: Die Gewerkschaftsführungen haben die Krise **mit** verursacht. Denn sie ist **auch** dadurch entstanden, weil in Deutschland die Reallöhne und die Sozialtransferleistungen in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent gesunken sind – im Gegensatz zum EU-Ausland, wo die Reallöhne um bis zu 15 Prozent gestiegen sind. Und zwar auf Grund der neoliberalen Politik der letzten Bundesregierungen, die das Land an die Spitze der Profitfähigkeit in Europa bringen wollten. Das „eingesparte“ Geld kam den Kapital- und Vermögensbesitzern zugute, die es spekulativ einsetzten. Die Gewerkschaftsführungen haben die Politik ihrer sozialdemokratischen Parteifreunde in der Regierung unterstützt, die Agenda 2010 abgenickt, nationale Standortpolitik und Sozialpartnerschaft betrieben.

Der DGB will nur das „Finanzcasino schließen“. Das geht nicht, weil spekulatives Kapital und Realwirtschaft zwei Seiten einer Medaille sind. Der Porsche-Konzern z.B. schlägt mehr Profit aus Finanzgeschäften denn aus seinem Autowerk! Außerdem schafft es Assoziationen an die unsägliche Unterscheidung zwischen raffendem und schaffendem Kapital!

Der DGB will den Kapitalismus beibehalten und die Beziehung zu ihm nur auf eine „neue Grundlage“ stellen. (Erklärung des DGB HH vom 30.12.08). SPD-Chef Müntefering erklärte dagegen am 25.4. „Dieser Kapitalismus gehört in die Mültonne!“. Wat denn nu?

Die Stützer der Krisenmaßnahmen und der Konjunkturpakete hoffen, daß die Krise bald überwunden wird und alles so weiter geht wie vor der Krise, vor dem September 2008: „Zuerst muß die Krise bewältigt werden“, so DGB-Chef Sommer am 13.10.08 im Tagesspiegel. Der DGB hofft dabei durch sein Mitmachen auf bessere Bedingungen in seiner „Sozialpartnerschaft“ mit dem Kapital. Die Parteien hoffen auf mehr Prozente bei den Umfragen. Das ist nicht unsere Logik. Wir unterstützen jeden **sozialen** Schutzschirm, das wären Maßnahmen wie Mindestlohn von 10 Euro, 500 Euro repressionsfreie Grundsicherung, Gelder für Schulen und Kindergärten.

**Wir „nutzen“ die Krise, um diejenigen zu sammeln, die Wut entwickeln und Widerstand leisten wollen. Die in einer Welt leben wollen ohne Krisen, das heißt ohne Ausbeutung und Kapitalismus.**

Am 23.4. sind *alle* ArbeiterInnen des Reifenherstellers Continental aus Clairoux (Frankreich) mit einem Sonderzug zur Zentrale nach Hannover gefahren, um gegen die Schließung zu protestieren. Am Tag zuvor hatten sie in ihrer Wut das Gebäude der Regionalverwaltung zerstört. Der CGT-Gewerkschaftssekretär Xavier Mathieu stellte sich vor die KollegInnen: „**Man spricht von zerbrochenen Scheiben und Computern. Aber was ist das schon bei 1100 Leben, die gebrochen werden?**“ Er wurde gefragt, ob er die französischen ArbeiterInnen zu Ruhe und Ordnung in Hannover aufrufen würde. Antwort: **Er denke nicht daran.** Zur gleichen Zeit rief die IG BCE die Conti-ArbeiterInnen in Hannover-Stöcken, deren Werk ebenfalls geschlossen werden soll, **zur Ruhe auf.**

Dazu sehen den link: <http://www.labournet.de/branchen/chemie/conti/demo>

Was können wir als „Stürzer“ tun? Aus unserer Schwäche herauskommen, indem Gruppen und Einzelpersonen ein „Bündnis Krise Hamburg“ schließen. Ein Bündnis, das sich die Aufgabe stellt, alle Belegschaften und Kollegen zu unterstützen, die beginnen sich zu wehren. Bei den zu erwartenden Insolvenzen und Angriffen der Unternehmer eine große Aufgabe.

Viele junge HamburgerInnen sind nach Hannover gefahren, um gegen den dortigen Nazi-Aufmarsch zu protestieren. Vor einem Jahr am 1. Mai demonstrierten diese jungen Menschen, zusammen mit tausenden anderen in Barmbek gegen den Nazi-Aufmarsch. Die DGB-Führung hatte die Provokation der Nazis nicht angenommen und war politisch kurzsichtig auf die Reeperbahn als Kundgebungsort ausgewichen. Damals waren 10.000 in Barmbek und 3.000 auf der Reeperbahn. Wir wissen, daß die Neo-Nazis darauf warten, die von der neoliberalen Politik Enttäuschten zu organisieren und für ihre völkischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Ziele zu gewinnen. Helfen wir mit, daß die Linke ein anziehender Kraftpol wird, damit die Neo-Nazis keinen Erfolg dabei haben.

Jour Fixe der Gewerkschaftslinken Hamburg. Kontakt: [info@linkstermine.org](mailto:info@linkstermine.org)

Solidaritätskomitee für die iranischen ArbeiterInnen Hamburg. Kontakt: [Komiteehamburg@yahoo.de](mailto:Komiteehamburg@yahoo.de)